

# Finanzplatz und Werkplatz: Kann die Schweiz ihre Stellung global behaupten?



21. März 2017  
Park Hyatt, Zürich

network for quality in finance **FinQ**

# Inhaltsübersicht – Handouts zur 8. FinQ-Veranstaltung in Zürich



## **Beat Kappeler**

*Buchautor und seit 2002 Kolumnist bei der „NZZ am Sonntag“*

«Erlebte Standort-Ängste der Schweiz seit 1971:  
Die Lehren für die nächsten 45 Jahre»

*ab Seite 03*



## **Dr. iur. Martin Burkhardt**

*Lenz & Staehelin Rechtsanwälte, Zürich*

«Rechtsentwicklung International – Zaungast Schweiz?»

*ab Seite 12*



## **Prof. Dr. Klaus W. Wellershoff**

*Unternehmer und Ökonom*

«Fakten für einen postfaktischen Wirtschaftsdiskurs»

*ab Seite 24*



## **Petra Gössi**

*Nationalrätin Kanton Schwyz / Parteipräsidentin FDP.Die Liberalen*

«Die finanzpolitischen Herausforderungen der Schweiz»

*ab Seite 50*

# «Erlebte Standort-Ängste der Schweiz seit 1971: Die Lehren für die nächsten 45 Jahre»

***Dr. h.c. Beat Kappeler***

*Buchautor und seit 2002 Kolumnist bei der „NZZ am Sonntag“*



21. März 2017 - Park Hyatt Hotel Zürich

## „Finanzplatz und Werkplatz: Kann die Schweiz ihre Stellung global behaupten?“

---

Beat Kappeler

### **Erlebte Standort-Ängste der Schweiz seit 1971: Die Lehren für die nächsten 45 Jahre?**

Seit 45 Jahren können Wissenschaftler, Politiker und Medienleute rund um die Uhr an Podien zum „Standort Schweiz“ teilnehmen. Immer war er in Gefahr, und immer wurde er letztlich gerettet. Was ging hier vor?

1971 ging für die Schweiz das schon zu Ende, was man in Frankreich „les trente glorieuses“ nennt – der unerhörte Wirtschaftsaufschwung nach dem Krieg, mit Wachstumsraten von 5 bis 6 Prozent, Vollbeschäftigung, Konvertibilität zu festen Kursen seit 1958 und mittlerer Inflation.

Das von Präsident Nixon am 15. August 1971 verkündete Ende des Gold-Exchange-Standards liess den Franken sofort von damals 4.30 pro Dollar emporschiessen, rasante Aufwertungen gegenüber Franc, Lira, Pfund folgten ab 1973 mit dem Regime freier Wechselkurse.

1973 setzte dann die Ölpreisexplosion der OPEC auch in den anderen Ländern der Konjunktur ein Ende.

**Seither bedrohten drei Trends immer wieder den Standort Schweiz** – die Währungen, die Konjunkturen und der Strukturwandel der Wirtschaft selbst.

## Die Währungen und der Frankenkurs

Der Schock von 1971 traf die Schweiz unvorbereiteter als die Bundesrepublik, denn die Bundesbank hatte schon 1961 und 1969 aufgewertet, um die rasende Exportkonjunktur zu bremsen.

In der Schweiz wagte die SNB nicht, die Goldgräberstimmung zu stören. Dies versuchte die Bundespolitik 1963 - 1973 mit Bauverboten, Preis-, Lohn-, Dividenden- und Mietzinskontrollen, aber ohne Erfolg.

Die SNB ergab sich relativ schnell ins Unvermeidliche und liess den Frankenkurs frei schwanken, nicht ohne aber eine gewisse List. 1978, bei starker Überbewertung, verkündete sie, mit Interventionen „einen DM-Kurs deutlich über 80 Rappen“ zu verfolgen. Diese Unschärfe vermochte, im Gegensatz zur festen 1.20-Grenze zum Euro, und wie seit deren Aufhebung, die Spekulation einzudämmen.

Grundsätzlich nahmen aber Währungs-, Geld- und Fiskalpolitik nun Kurs von Solidität. Seither nimmt die Schweiz die immer wieder auflaufende Differenz zum Ausland in Preisen, Fiskalität, Ertragsbilanzüberschuss als Grund schubartiger Aufwertungen in Kauf. Die Vorteile davon sind eben auch tangibel – eine relativ tiefe Fiskalquote, stabilere Preise, geringere Zinsen, „visibility“, also Voraussehbarkeit mindestens der Binnenwirtschaft.

Die Attraktivität des Steuerregimes und die geringere Regulierungsdichte allgemein trugen bis vor etwa 5 Jahren zur Höherbewertung des Frankens durch dadurch angezogene Fluchtgelder bei. Wenn man auch die unwürdige, weil aufgezwungene Kapitulation in diesen Fragen gegenüber internationalen Gremien bedauern mag, so hat sich doch ein hundert Jahre alter Trend gewendet.

Voll transparente, künftige Kapital- und Geldströme dürften viel stärker durch Zinsdifferenzen und allgemeine geopolitische Erwägungen ausgelöst werden, nicht durch nationale Tricks, vor allem, wenn dann auch die Unternehmensbesteuerung international vertretbar wird. So wird wohl, wie gegenwärtig, der Dollar für die Schweiz (und künftig, bei Eurokrisen?) den „Blitzableiter“ spielen.

□ Mit dieser epochalen Wende der Binnengesetze hat der Standort eine **wichtige Lehre** gezogen, und die andere Lehre ist weniger tröstlich – wie die gegenwärtig gefürchteten Wahlrunden in Euro-Ländern zeigen, drängt das kontinentale Währungsumfeld, Pfund inbegriffen, den Franken in Schüben wohl weiter hoch.

Unbemerkt trägt das Schweizer Anlegerpublikum dazu bei – der Ertragsbilanzüberschuss von 60 - 80 Milliarden jährlich wurde vor 2011 jeweilen voll wieder im Ausland angelegt. Seither zögern Firmen, Private, Pensionskassen, und wechseln dies in CHF um – „Fluchtgelder“ eigener Machart.

Wie weit sich die dritte währungspolitische Lehre bewährt, steht noch aus – die SNB hat mit der massiven Bilanzausweitung enorme Risiken auf sich geladen, in einer anderen Abkehr von 100 Jahren – von der Solidität. Bei Eurokrisen oder bei gescheiterter Wirtschaftspolitik des US-Präsidenten, oder schlimmer, bei einem Schiffbruch der weltweiten, frivolen Geldschöpfung müsste die SNB leiden. Vielleicht rettet sie dann den Standort für einmal dank dieser Unseriosität .... Niemand flüchtet in den Franken, wenn die Verhältnisse gleich aufgeblasen wie überall sind.

## Die Konjunkturen

Trotz der Zuständigkeit seit den „Wirtschaftsartikeln“ von 1947 betrieb der Bund keine kohärente Konjunktur- oder Industriepolitik. Situativ reagierte er mit den erwähnten, erfolglosen Bremsmanövern der 60er Jahre, dann in zwei drastischen Anleihen beim Keynesianismus: 1975 mit einem Stimulierungspaket von über einer Milliarde Franken. Dieses kam, wie immer bei solchem Demand Management zu spät und stützte falsche Industrien, nämlich mit Militärleibchen die Bekleidungsindustrie, mit Bauvorhaben den auf ca. 18% des BIP schon angeschwollene Bau. Schliesslich stützte der Bund erneut nach 1980 mit einem Bauinvestitionsprogramm (von Gewerbe und Gewerkschaften zusammen durchgedrückt), sowie mit Militärlastwagen die Maschinen- und Fahrzeugindustrie (Saurer). Die Bekleidungsindustrie war aber schon untergegangen und die letzten Leibchen mussten im Vorarlberg gefertigt werden. Saurer schloss dennoch die Tore, und der Bau musste dramatisch abgelassen werden.

Seither überliess man die Konjunkturpolitik eher der SNB, die aber mit der zu späten Reaktion auf das neue Zahlungssystem des Swiss Interbank Clearing (höhere Geldumlaufgeschwindigkeit ab 1989) die Inflation der 90er Jahre, den entsprechenden Bauboom zuließ und dann ab 1989 während Jahren die Inflation bekämpfte (eher zu lange). Jedenfalls stagnierte die Volkswirtschaft fast ein Jahrzehnt. Die Verluste an Hypothekenguthaben betragen 60 Milliarden, verhältnismässig mehr als wohl in der Finanzkrise nach 2007 in den USA.

Der andere Träger der Konjunkturpolitik war die Aussenwirtschaftspolitik, wo mit EFTA (1961) und Freihandelsabkommen mit EWG (1972), sowie später mit den GATT-Runden enorme Exportchancen sich öffneten.

An eigentlicher Industriepolitik betrieb die Schweiz die Landwirtschaftspolitik, die entsprechend unproduktiv, kleinräumig und schutzsuchend geblieben ist. Die „Industriepolitik“ zugunsten des Finanzplatzes war gespalten zwischen der Förderung, jetzt beendet, durch das Bankkundengeheimnis, und der regulatorischen Vertreibung von Investmentfonds, Eurodollarmarkt und Goldhandel ins Ausland durch unfähige Finanzminister.

Der Arbeitsmarkt hat seit 1950 zuerst massiv unqualifizierte Arbeiter angezogen, die die 1974-er Krise durch Rückwanderung vollständig entschärften (minus 8% der Gesamtarbeitskräfte, minus 7% BIP). Dann wuchs erneut eine Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte, bis heute. Die Erwerbstätigenzahl ist enorm gewachsen, die Erwerbsquote ist Weltrekord.

Anfangs der 90er Jahre trat hingegen bei mässigem Konjunkturreinbruch eine sehr hohe Arbeitslosigkeit auf, weil die Arbeitslosenversicherung zahlte. Deren Reform mit Arbeitsanreizen entschärfte dies, und die Kurzarbeit rettete wie in Deutschland und Schweden die Industriearbeiterschaft 2009 über einige Monate schärfsten Exporteinbruchs hinweg (während diese in F, I, USA entlassen wurde und nie wieder kam).

□ An **Lehren für die Zukunft** dürfte der Verzicht auf eigentliche Industriepolitik wichtig sein (alle ausländischen, und unsere zwei Beispiele sprechen auch dagegen), sowie dagegen die kompromisslose Exportorientierung. (heutiger Exportüberschuss 37 Milliarden, Rekord). Die Landwirtschaft wird aber, wie 2005 schon, zum Hemmnis für ein atlantisches Handelsabkommen, eine Lehre, welche die Politik zu ziehen sich weigert.

Seit den sich andeutenden Auflösungserscheinungen der EU (Brexit) und des Euroraums bleibt wohl die WTO die Garantin dieser Aussenwirtschaft, weniger das Korsett eines Rahmenabkommens mit der Rest-EU. Es gibt eben Vor- und Nachteile drinnen wie draussen; die Unternehmen sollen nicht so wehleidig tun.

Der Arbeitsmarkt dürfte sich im Falle schlechterer Konjunktur durch Rückwanderungen der viel mobileren Kader- und Fachkräfte wie 1974 teils rückbauen, doch bleibt zu sehen, wie weit einerseits die ausgebauten Sozialrechte dies abschwächen, und wie weit der enorme Anteil der in die öffentlichen Stäbe von Bildung und Gesundheit eingebauten Zuwanderer sinken kann.

## **Strukturen**

Wichtige Strukturveränderungen sind obenstehend erwähnt. Der Verzicht auf eine Industriepolitik steht einem kleinen, im Aussenhandel notwendigerweise spezialisierten, aber auch von drastischen Sprüngen nicht verschonten Land gut an. Die Politik könnte dies alles nicht leisten.

Die Uhrenindustrie ging beinahe unter, aber der Staat reagierte 1983 sogar mit dem Rückzug aus den letzten Resten des Uhrenstatuts. Die früheren Industriellen verpassten die neuen Distributionskanäle der Warenhäuser und die Anwendung der Quarztechnik (obwohl hier miterfunden), doch heute scheint die Beharrlichkeit der Verantwortlichen, nicht in den „wearables“ voll mitzumachen, bereits Früchte zu tragen. Es ist allerdings eine einzige Firma, die vieles entscheidet.



Ein leicht mulmiges Gefühl beschleicht den Strukturbeobachter, wenn er an den 45-Prozent-Anteil der Pharma und Chemie an den Exporten denkt. Zwar sind neben den Giganten aus Basel viele junge Biotech-Firmen mit dabei. Ein Klumpenrisiko (Patente, Gesundheitspolitik anderer Länder, Zulassungen) bleibt es alleweil.

Ein anderes, mulmiges Gefühl geht zur ganz Mitteleuropa beherrschenden feinmechanischen Mentalität hin – gegenüber den auf Netzen mit positiver Externalität daher reitenden angelsächsischen Social Media-Firmen (70-seitige Gebrauchsanweisung zu einem europäisch gefertigten Telefon 2010, obwohl die selbsterklärenden Iphones schon drei Jahre zirkulierten). Europa wehrt sich gegen App's, welche im Prinzip Heere neuer Selbständiger ins Brot setzen könnten – wehrt sich mit den Regeln der alten Industrie- und Sozialgesellschaft.

□ Die **Lehre seit dem Anbruch der IT** vor 35 Jahren: Die ganze IT-Welt braucht „Produktionsumwege“, also neue Fachkräfte, Programmierer, Infrastrukturen. Sie schlägt sich irgendwann „im Territorium“ nieder und braucht Feinmechanik (z.B. einen 3-D-Drucker, Drohnen, Roboter). Schliesslich führt der Einkommenseffekt der Gewinner zu neuer Nachfrage (Say'sches Theorem), bis zu Bau oder Kultur.

Ausserdem reduziert die Vollautomation den Vorteil billiger Standorte und wertet jene Standortfaktoren auf, welche Mitteleuropa hat: Infrastrukturen, glaubwürdige und „inclusive“ Politik, sodann Fachkräfte, Logistik durch Post, Bahn, und sichere Stromversorgung.

Wie wichtig „inclusive“ Politik ist (Einbezug aller Interessen), zeigen die sich selbst versenkenden Neuen Industrieländer wie Türkei, Brasilien, Venezuela, sodann fast ganz Afrika, Saudi-Arabien, Pakistan; z.T. Indonesien, Philippinen, Russland. Auch die aufbegehrenden Kreise im lateinischen Eurosüden fühlen sich als durch den Euro Ausgeschlossene.

Die wirklich aufstrebenden Neuen Industrieländer, wie China, Indien, Südkorea werden für Lieferanten von Investitionsgütern nicht nur zu Konkurrenten, sondern auch zu Kunden.

□ Die Diagnose Michel Alberts („Le Capitalisme rhéнан“, dt. „Kapitalismus contra Kapitalismus“) vor 25 Jahren **gilt als positive Lehre** für die Schweiz, aber für alle am Rhein gelegenen Volkswirtschaften Mitteleuropas (D, NL, FL, und Skandinaviens, des Baltikums): die alle Interessen einschliessenden Gesellschaften sind die besseren Volkswirtschaften (auch: D. Acemoglu, „Why Nations Fail“). Dies umfasst Arbeitsmarktpolitik, Bildungs- und Berufsbildungspolitik, Vertragspartnerschaft, Mitwirkungsmöglichkeiten, regulatorische Vernunft.

Die rasante Expansion gewinnloser IT-Netzfirmen (Amazon, Uber, Airbnb, Snapchat etc.) beruht nicht nur auf technical wizardry, sondern auf der riesigen Gratisliquidität der Notenbanken, wodurch sie sich mit Aktienausgabe an „gullible investors“, an übernommene Spezialfirmen und an eigene Angestellte finanzieren. Diese glauben an ewige Kurssteigerungen, obwohl nun 35 Jahre Zinssenkungen wohl vorbei sind.

□ **Sucht man Lehren daraus**, finden seit 1971 sich kaum welche, bezüglich frivoler Geldpolitik. Der Gedanke scheut sich, dazu bis zur Inflation John Laws oder der Weimarer Republik zurück zu blicken. Wir sind – auf diesem zentralen Feld – auf terra incognita.

## Neueste Publikationen BK:

- „**Leidenschaftlich nüchtern.** Für eine freie und vitale Gesellschaft“, NZZ-Verlag Herbst 2014, (144 liberale Stichworte)
  - „**Staatsgeheimnisse.** Was wir wirklich über unseren Staat wissen sollten“, NZZ-Verlag, April 2016
- 

## Quellen u.a.:

- „Die Schweizer Wirtschaft 1946-1986. Daten, Fakten, Analysen“, Hrsg. Schweiz. Bankgesellschaft
- „Schweizer Volkswirtschaft. Entwicklungstendenzen seit 1920“, „Volkswirtschaft“, no.1/2, 2010
- „Schweizer Wirtschaft von den Neunzigerjahren bis heute“, Bundesamt für Statistik, 2005
- „Die Schweizerische Nationalbank 1907-2007“, Hrsg. SNB/NZZ, 2007
- „Fünfzig Jahre Deutsche Mark“, Hrsg. Deutsche Bundesbank/C.H.Beck, 1998

# «Rechtsentwicklung International – Zaungast Schweiz?»

***Dr. iur. Martin Burkhardt***  
*Lenz & Staehelin Rechtsanwälte, Zürich*



# Rechtsentwicklung International – Zaungast Schweiz?

FinQ 2017

Martin Burkhardt

# Übersicht

- Traditionelle Tätigkeitsbereiche der Schweiz
- Aktuelle Tendenzen der internationalen Rechtsvereinheitlichung
- Steuererhebung International
- Dynamik supranationaler Gerichte

# Traditionelle Stärken der Schweiz

- Humanitäres Völkerrecht (*Genfer Konventionen*)
- Freihandel (*WTO*)
- Gute Dienste (*USA in Iran, Russland und Georgien, Iran in Saudi-Arabien*)
- humanitär und freiheitlich

# Funktionen der internationalen Rechtsvereinheitlichung

- Funktion des Rechts
  - Recht stabilisiert Herrschaft
  - Recht kann Menschen schützen
  - Recht ist Macht
- Kontrolle über das Recht
  - Definition der Regeln (*Gesetzgebung*)
  - Kontrolle der Regeln (*Gerichtspraxis*)
  - Anwendung der Regeln (*Verwaltungspraxis*)



# Aktuelle Tendenzen der internationalen Rechtsvereinheitlichung

- Exterritoriale Rechtsanwendung
- Wachstum grosser Blöcke
- Finanziell ausgehungerte Staaten
- Kontrolle von Kapital und Finanzströmen
- Schaffung einheitlicher Rechtsräume

# Steuererhebung International

- Financial Action Task Force on Money Laundering (*FATF/GAFI*)
- G20 und Organisation for Economic Co-operation and Development (*OECD*)
- GATCA, basierend auf FATCA
  - Automatische Erhebung und internationale Übermittlung relevanter Finanzinformationen
  - USA nicht dabei

# Automatischer Informationsaustausch

- Ohne Beteiligung der Schweiz erlassen (*G20*)
- Durchgesetzt mit Repressionsdrohungen (*Schwarze Listen*)
- Informationslieferung erfolgt gratis und franko
- kein Rechtsschutz in der Schweiz

# Supranationale Gerichte

- Internationaler Gerichtshof (*IGH*) in Den Haag
- Internationaler Strafgerichtshof (*IStGH*), ebenfalls in Den Haag
- Europäischer Gerichtshof (*EuGH*) in Luxemburg
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (*EGMR*) in Strassburg
- Internationale Schiedsgerichte

# Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (*EGMR*)

- Europäische Menschenrechtskonvention (*EMRK*) des Europarates
- Beurteilt Verletzungen der EMRK und deren Zusatzprotokolle, soweit ratifiziert
- Jeweils ein Schweizer Richter (ehemals Prof. Luzius Wildhaber, heute Prof. Helen Keller)
- Individual- und Staatenbeschwerde
- Urteile in der Schweiz umzusetzen

# Funktionale Eigenheiten

- Spezifisch zur Beurteilung der EMRK
- Viele Richter ausgewiesene Völkerrechtler
- Dynamische Rechtsprechung (*Genfer Hausbesetzer*)
- Auch als politisch empfunden (*z.B. Genugtuung von EUR 1.8 Milliarden i.S. Yukos*)
- Keine Verankerung in täglicher Rechtspraxis
- Kein Gesetzgeber, und damit auch keine Korrekturmöglichkeiten

# Fazit

- Recht ist ein sehr starkes Mittel zum Zweck
- Aber: Schutz des Rechts und seiner Institutionen ist ein grosses Ziel
- Recht ist da, Macht zu kanalisieren
- Recht ist immer eingebettet in einem institutionellen und kulturellen Kontext
- Missbrauchtes Recht verliert seine Legitimation

# «Fakten für einen postfaktischen Wirtschaftsdiskurs»

*Prof. Dr. Klaus W. Wellershoff*  
*Unternehmer und Ökonom*





# Fakten für einen post-faktischen Wirtschaftsdiskurs

---

Prof. Dr. Klaus W. Wellershoff

Zürich // 21. März 2017

# Lernerfahrungen ...

---

... aus 21 Jahren als Finanzmarktökonom.

1. Wir wissen wenig über die Zukunft!
2. Das Wenige, was wir wissen, ist sehr mächtig!
3. Wir geben uns viel Mühe, das Wenige, das wir wissen, zu verdrängen!

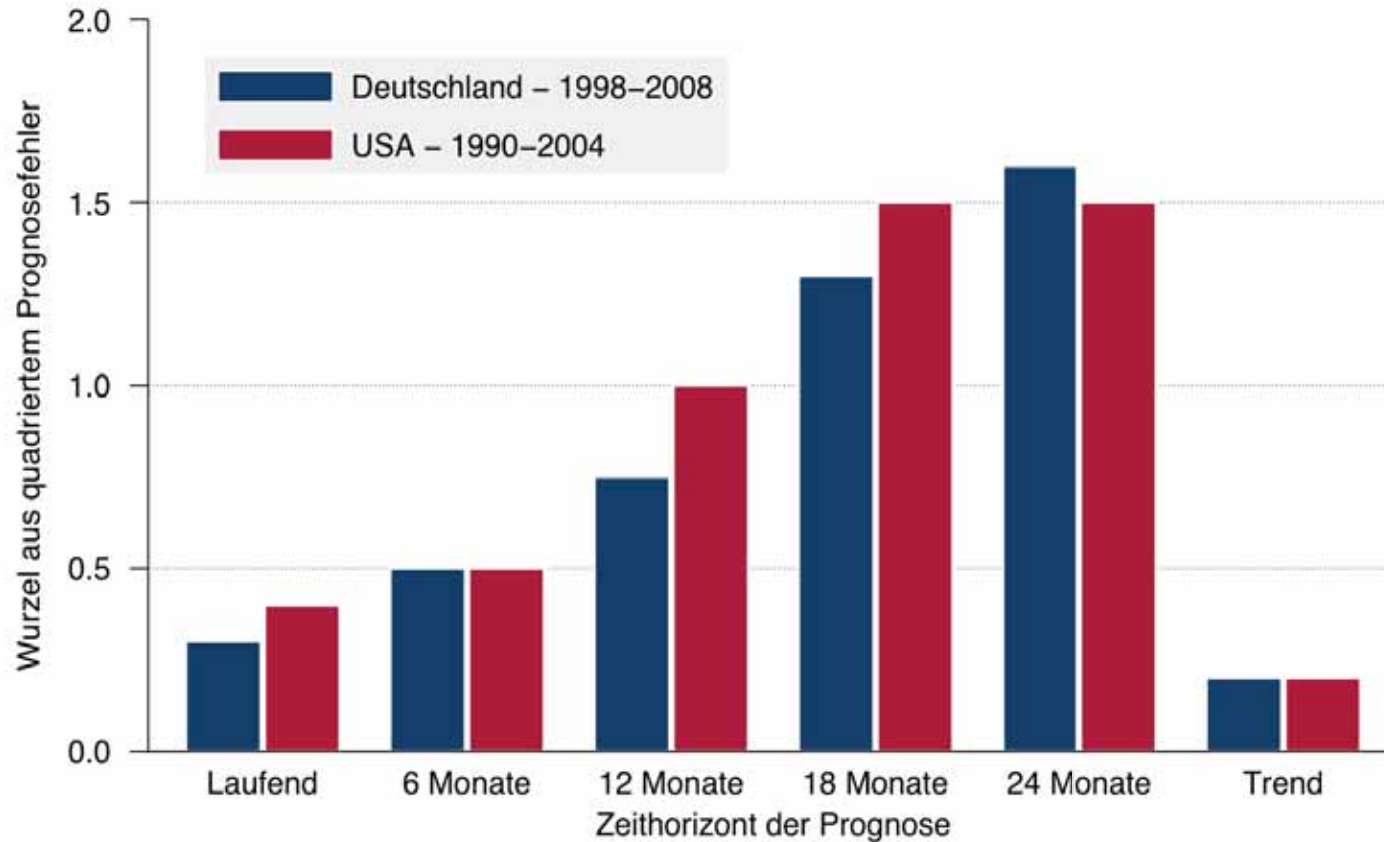
# Verdrängte Wirtschaftsdaten

Zeitraum 1999 – 2016

	Vereinigte Staaten	Grossbritannien	Japan	Eurozone	Schweiz
Konsumentenpreisinflation, Ø in %	2.2	2.0	0.0	1.8	0.5
Reales BIP-Wachstum, Ø in %	2.1	2.0	0.9	1.3	1.9
Reales BIP-Wachstum pro Kopf, Ø in %	1.2	1.3	0.7	0.8	0.9
Handelsgewichteter Wechselkurs, Δ in %	-12.2	-29.1	-22.3	16.7	44.8
Budgetdefizit, Ø in % des BIP	-3.2	-4.2	-6.5	-2.8	-0.4
Staatsverschuldung 2016, in % des BIP	115.6	112.5	233.7	109.9	43.1
Staatsverschuldung, Δ in pp des BIP	63.6	64.7	105.8	30.3	-9.5
Beschäftigungsquote 2016, in %	68.7	73.2	73.3	64.3	80.2
Beschäftigungsquote, Δ in pp	-5.2	1.7	4.4	3.3	1.8

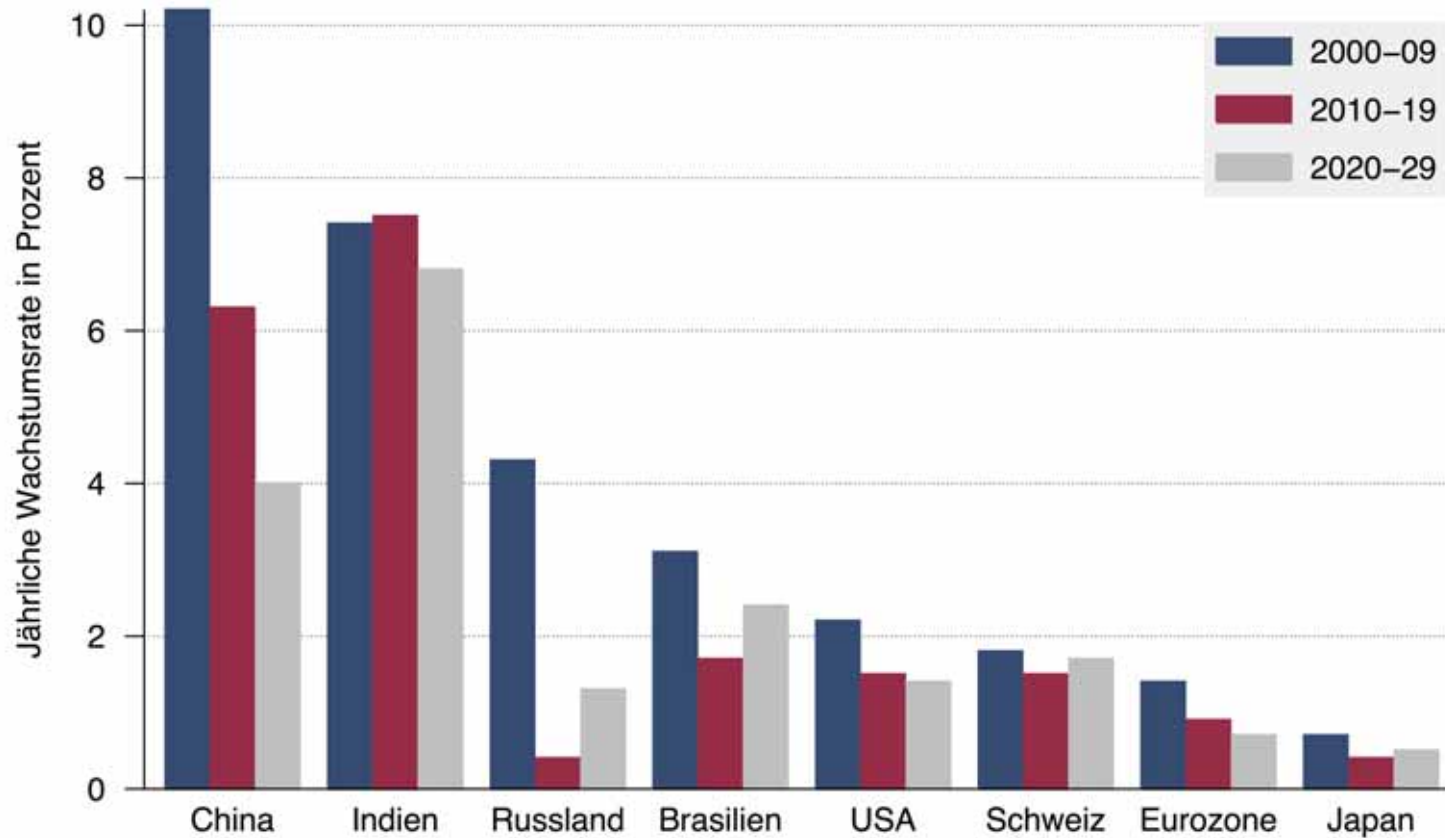
# Prognosegenauigkeit: Reales Wachstum

Prognosefehler über verschiedene Zeithorizonte der Prognose



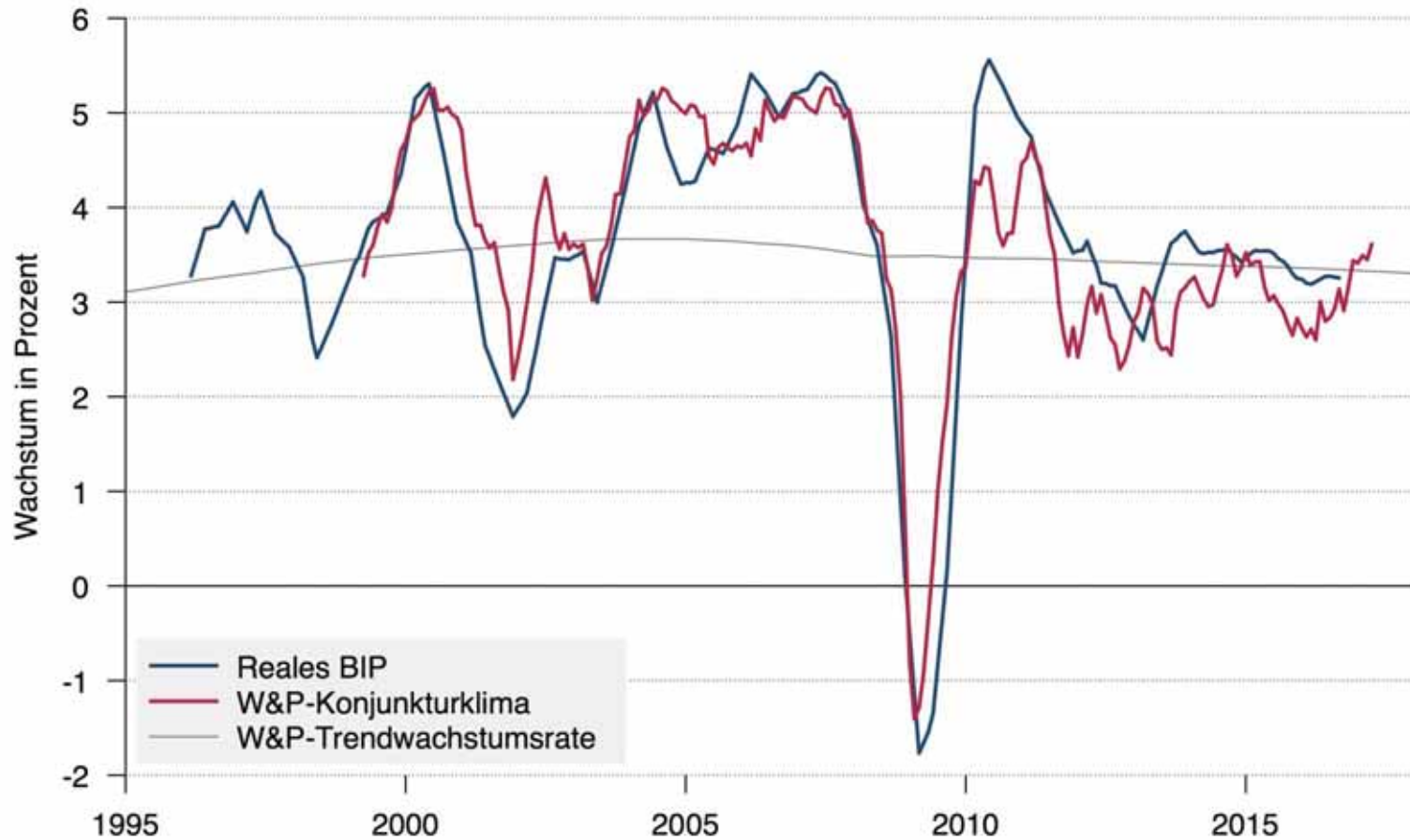
# These 1: Trendwachstumsraten fallen weiter

Durchschnittswert der Wachstumsraten des realen Volkseinkommens



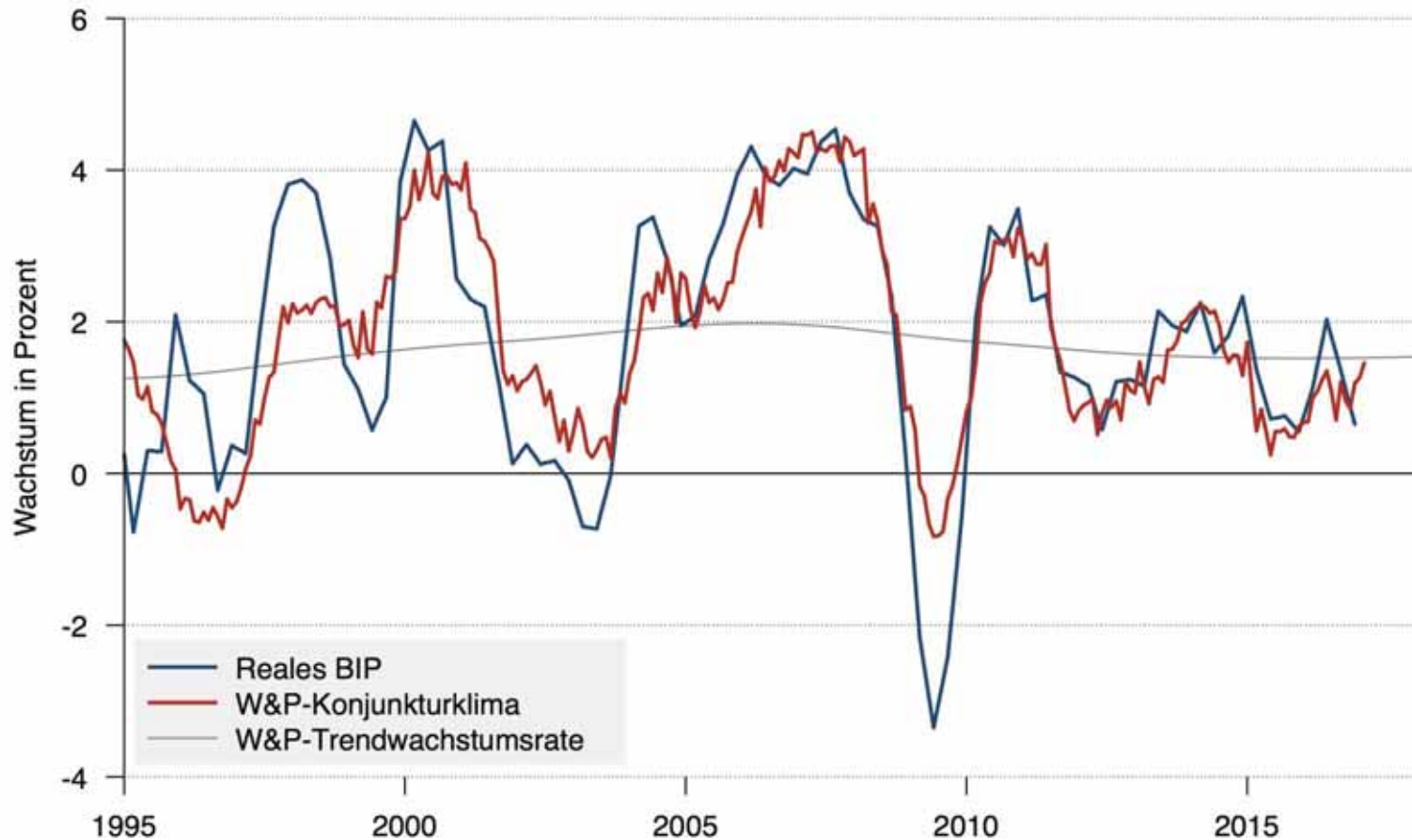
# These 2: Weltkonjunktur verbessert sich leicht!

Gewichtung der Länder nach relativem BIP-Anteil



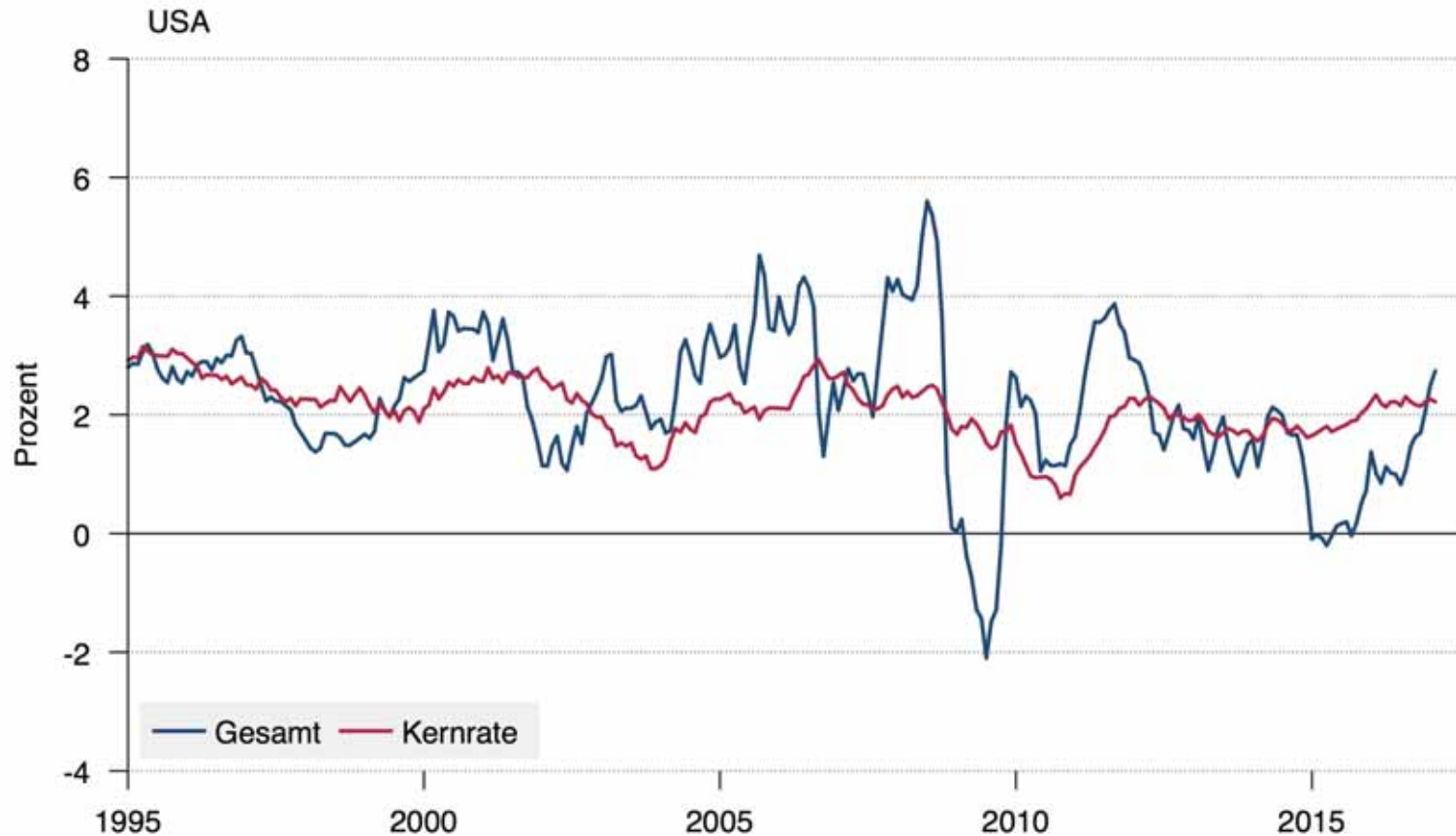
# These 3: Schweizer Konjunktur verbessert sich leicht!

Reales BIP, Veränderung gegenüber Vorjahr



# These 4: Inflation bleibt unangenehm hoch!

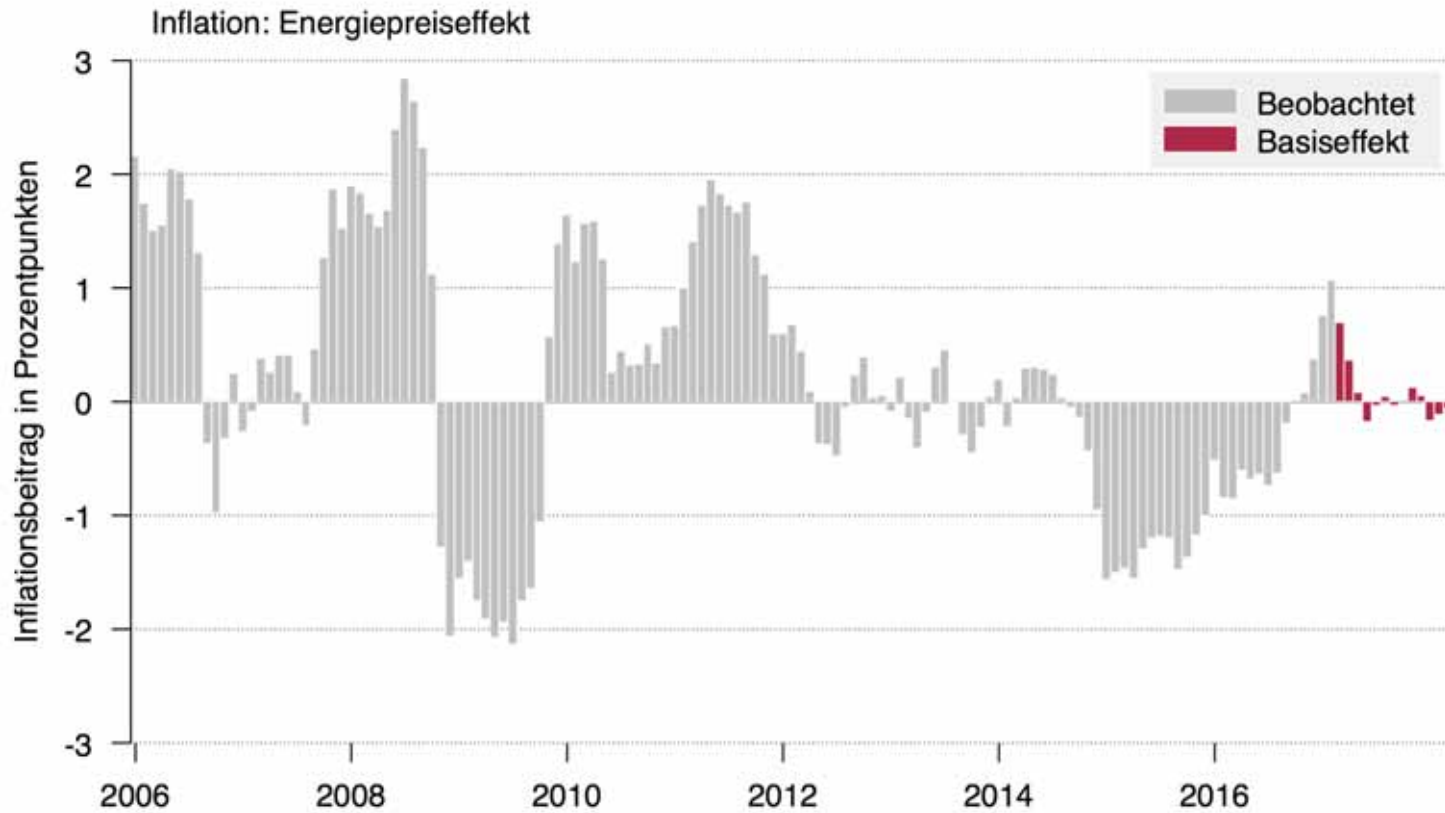
USA: Gesamtinflation und Kernrate der Inflation





# These 4: Inflation bleibt unangenehm hoch!

USA: Energiekomponente bei Ölpreis 54 USD pro Fass



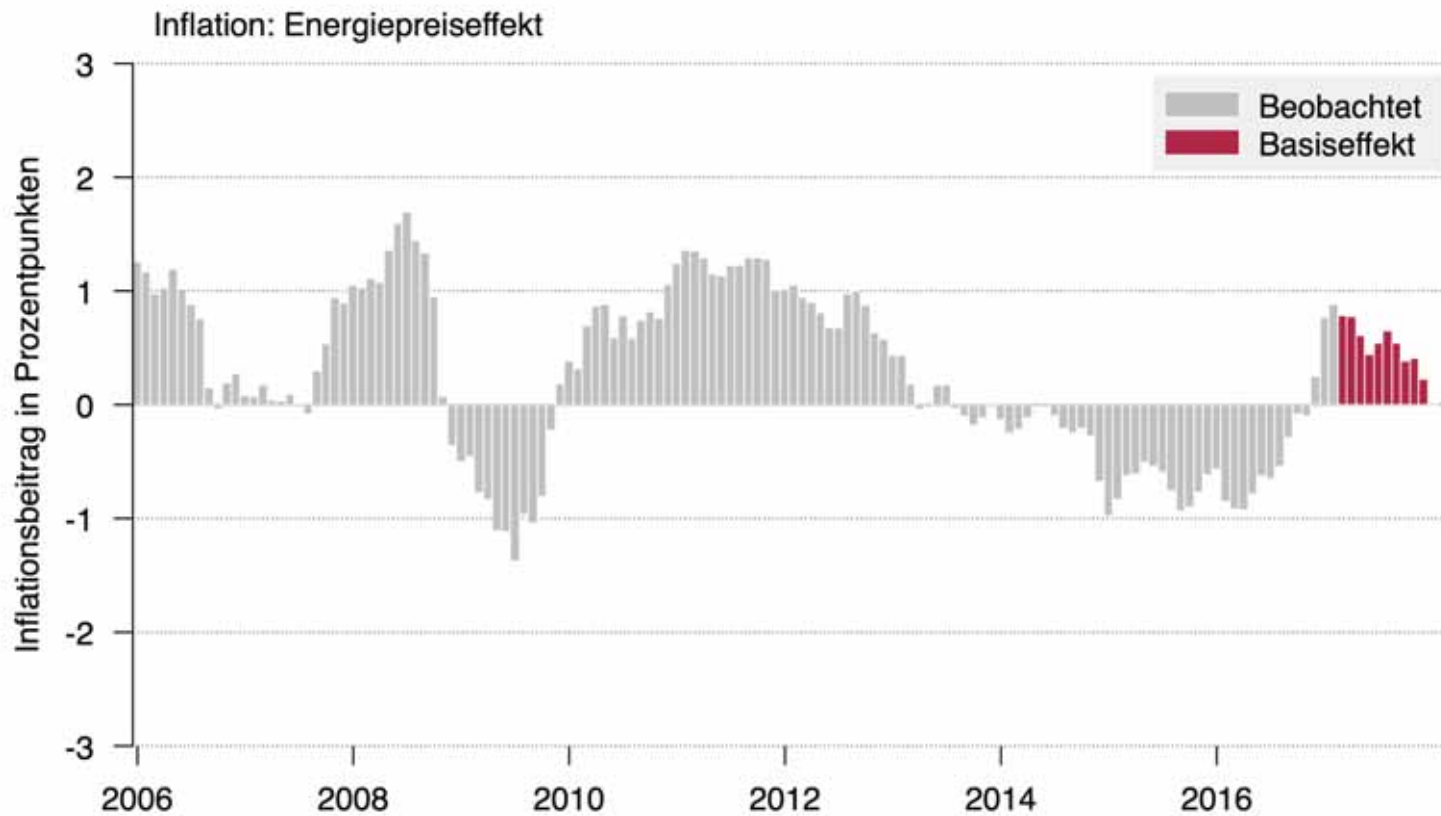
# These 4: Inflation bleibt unangenehm hoch!

Eurozone: Gesamtinflation und Kernrate der Inflation



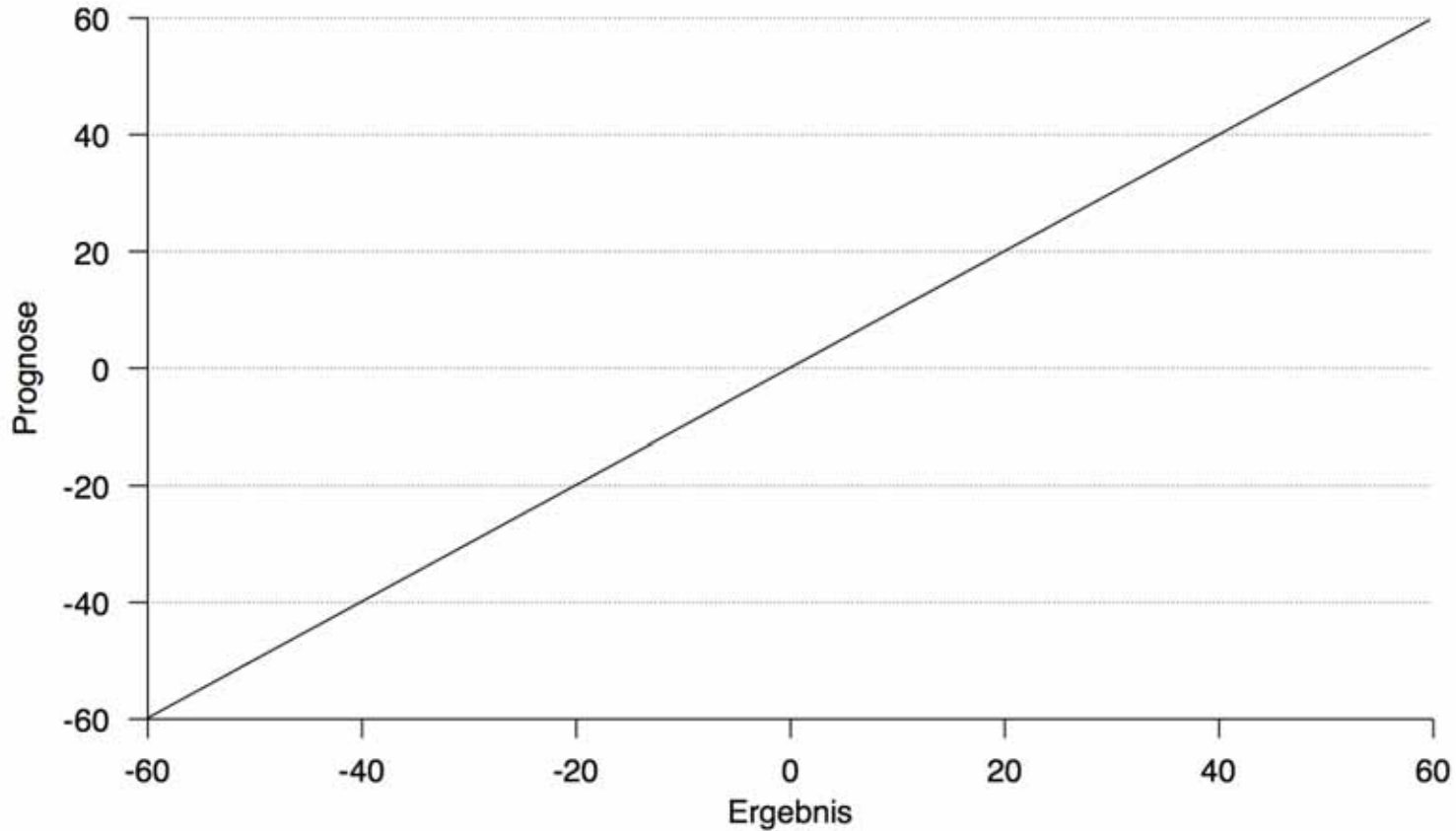
# These 4: Inflation bleibt unangenehm hoch!

Eurozone: Energiekomponente bei Ölpreis 54 USD pro Fass



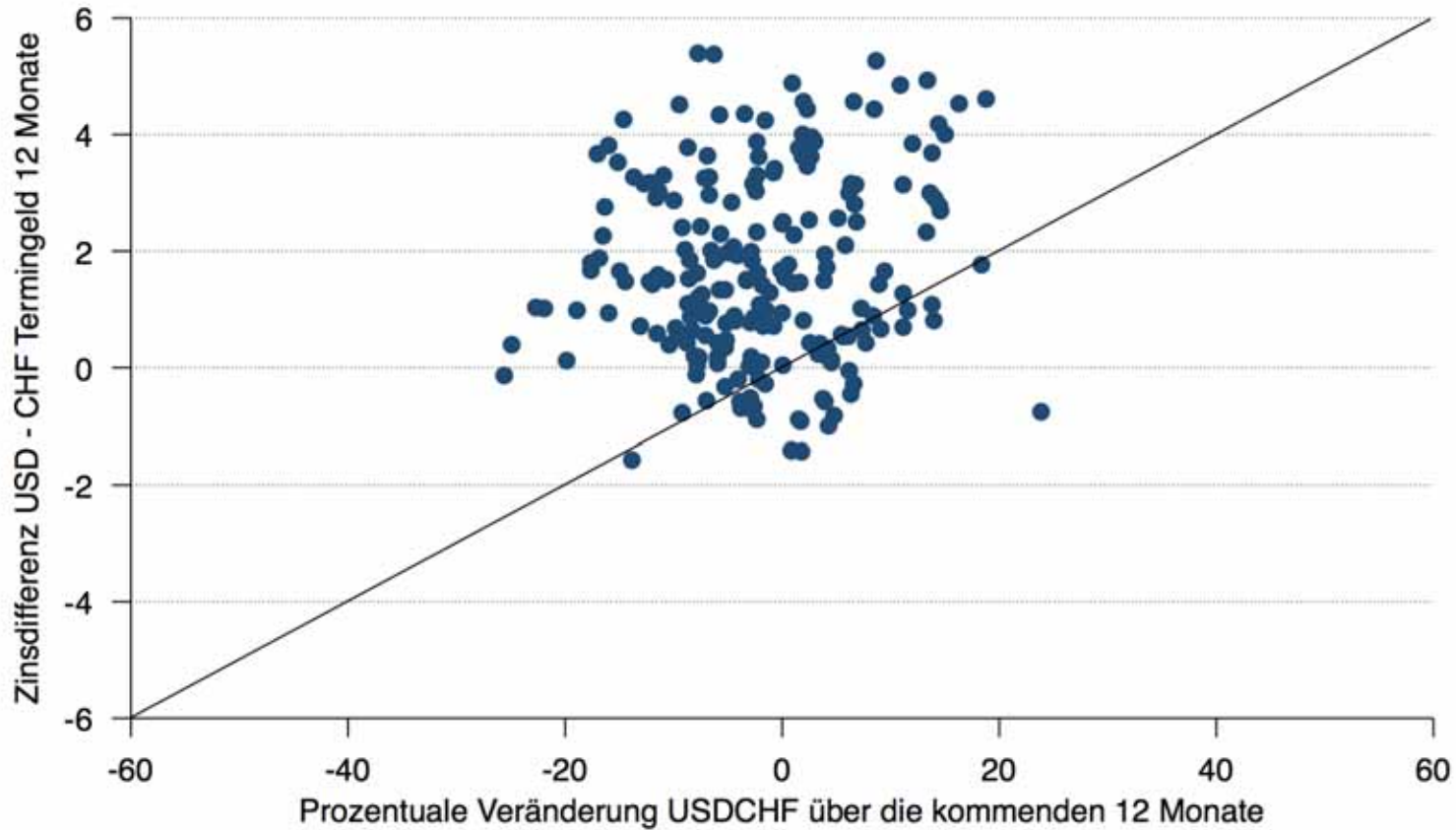
# Prognosegenauigkeit: Wechselkursprognosen

Einfaches Kontrollinstrument



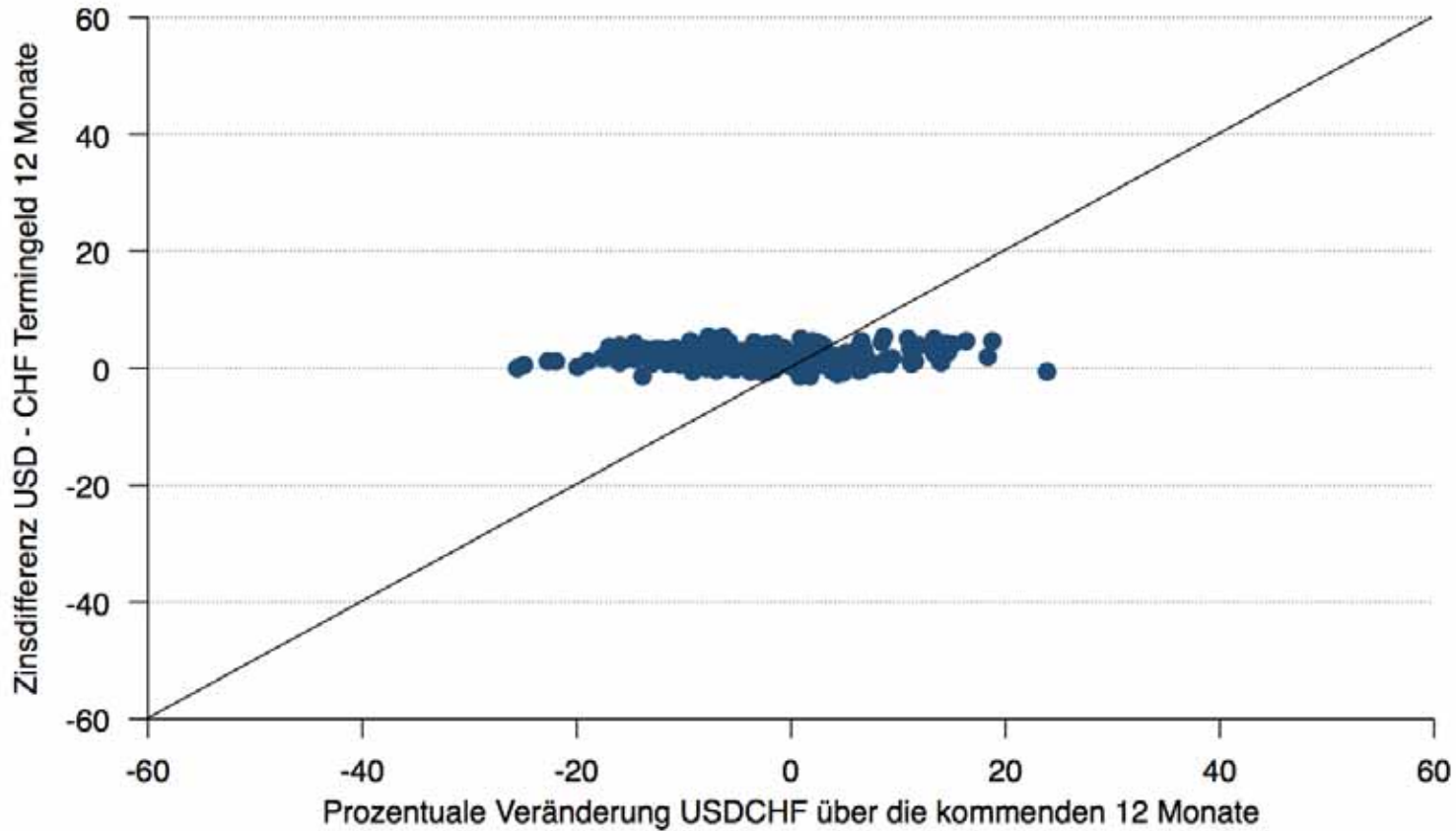
# Prognosegenauigkeit: Wechselkursprognosen

Prognose anhand von Zinsdifferenzen – Beispiel US-Dollar



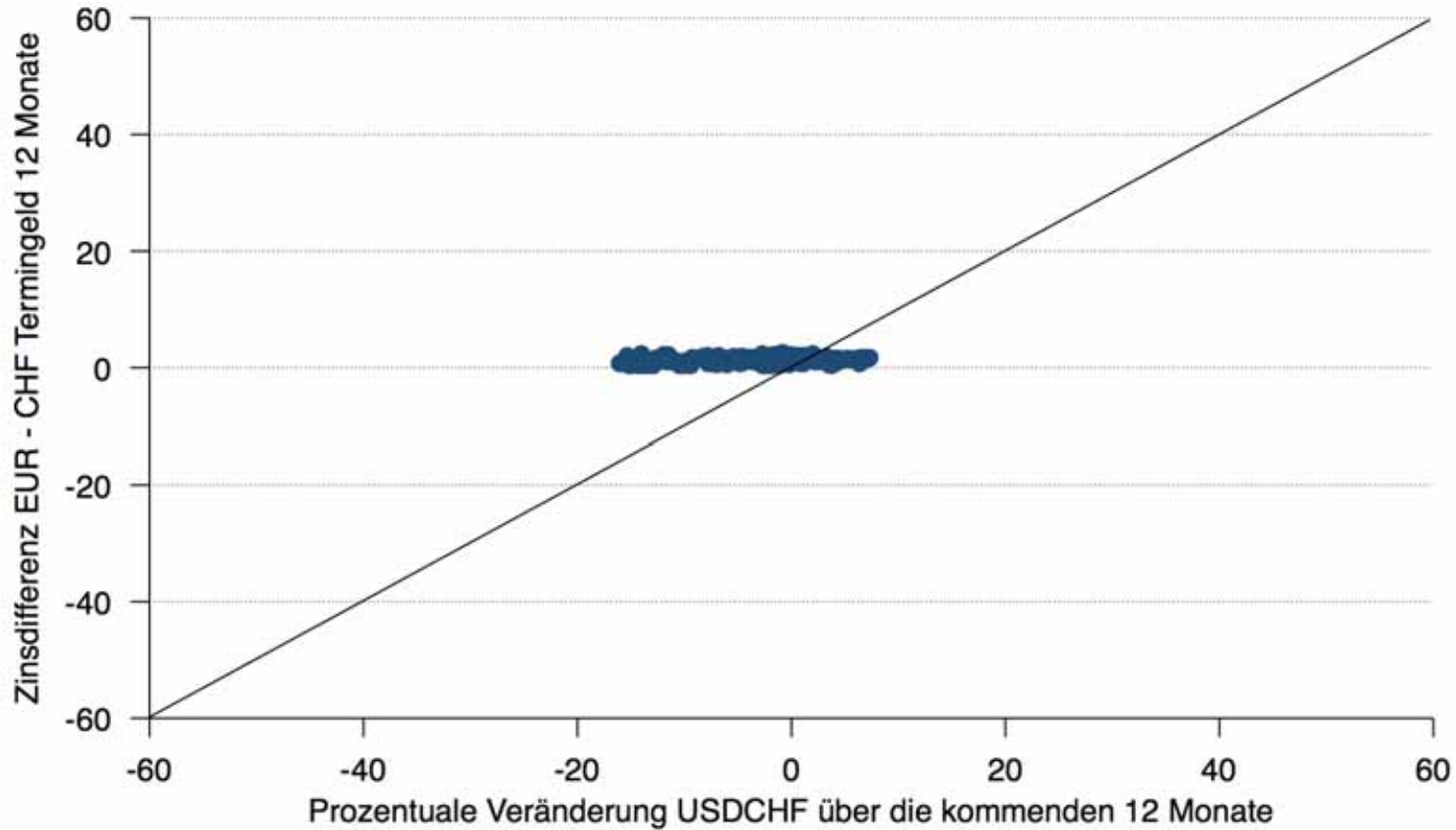
# Prognosegenauigkeit: Wechselkursprognosen

Prognose anhand von Zinsdifferenzen – Beispiel US-Dollar



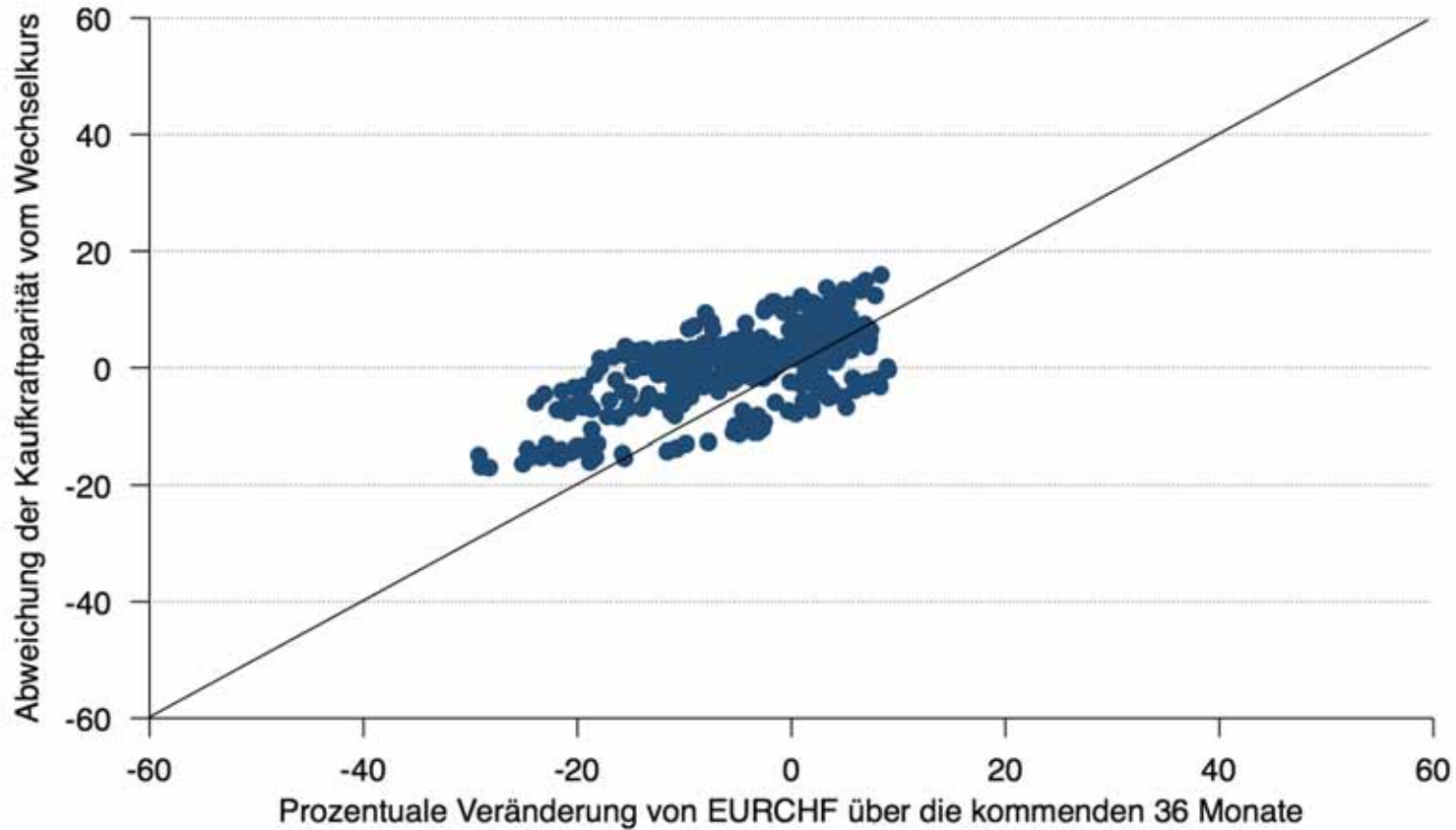
# Prognosegenauigkeit: Wechselkursprognosen

Prognose anhand von Zinsdifferenzen – Beispiel Euro



# Prognosegenauigkeit: Wechselkursprognosen

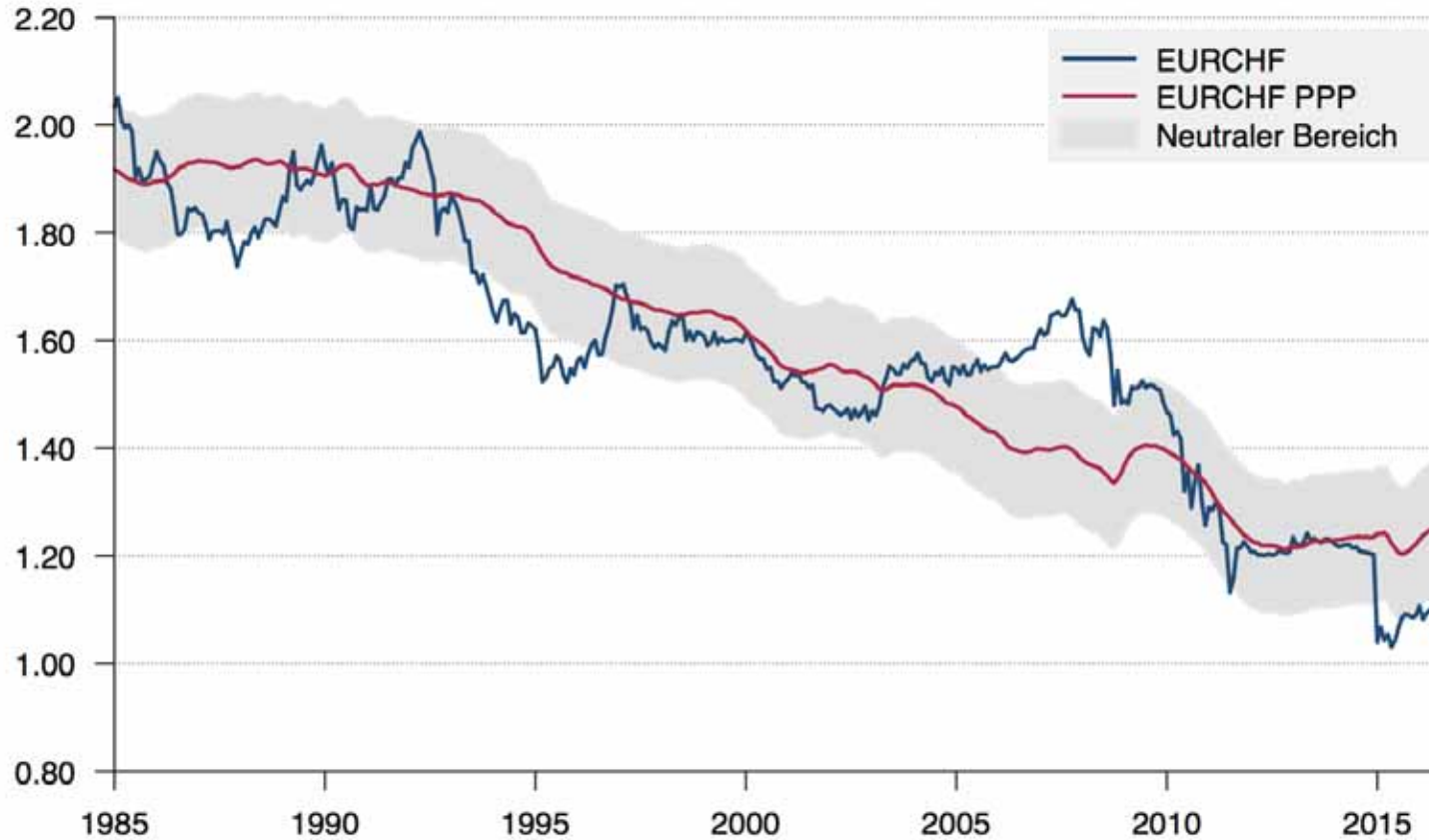
Kaufkraftparität und Wechselkursveränderungen – Beispiel Euro





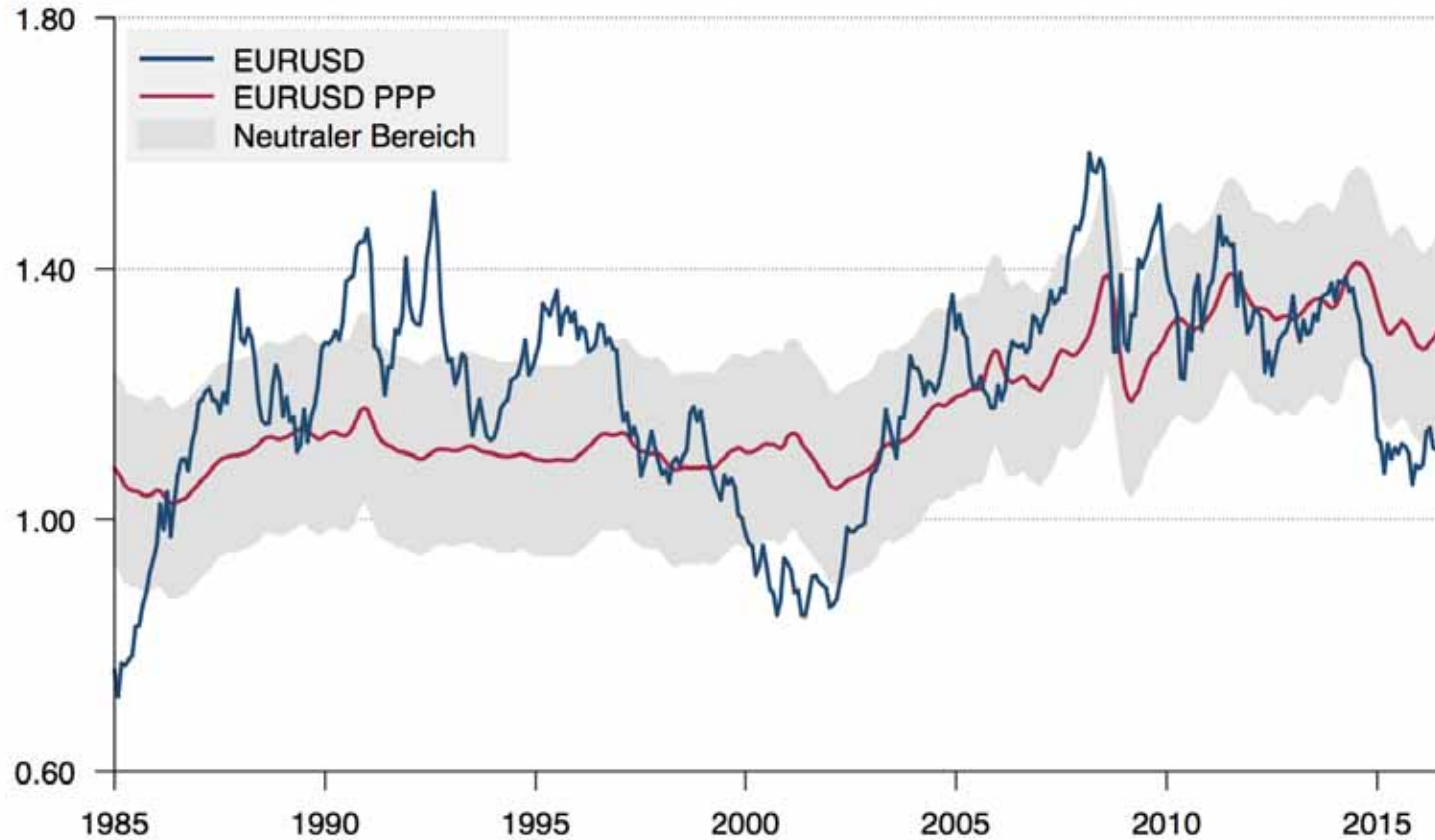
# These 5: Der Euro wird stärker

Kaufkraftparität und Wechselkursveränderungen – Beispiel Euro



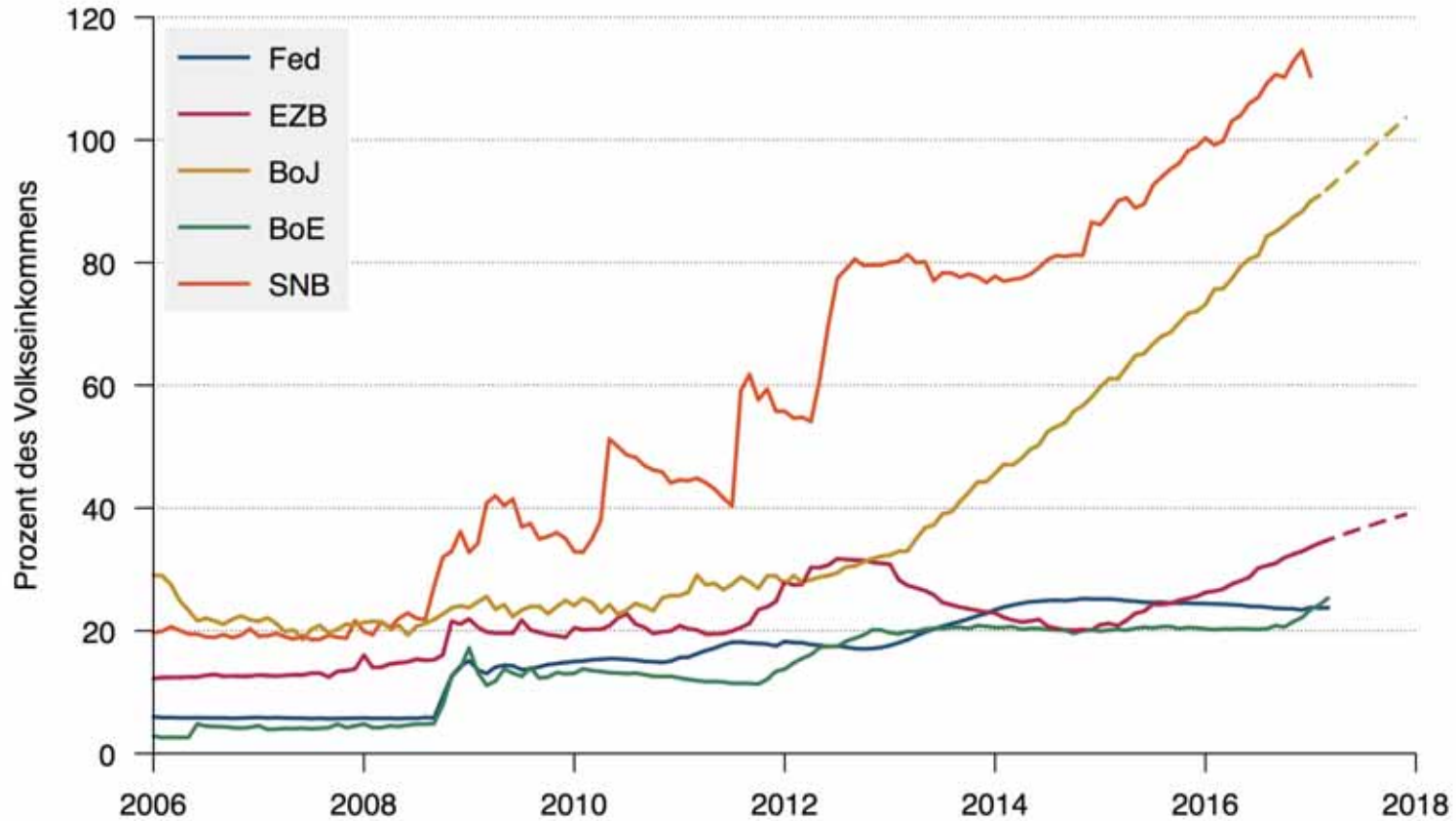
# These 5: Der Euro wird stärker

Kaufkraftparität und Wechselkursveränderungen – Beispiel Euro



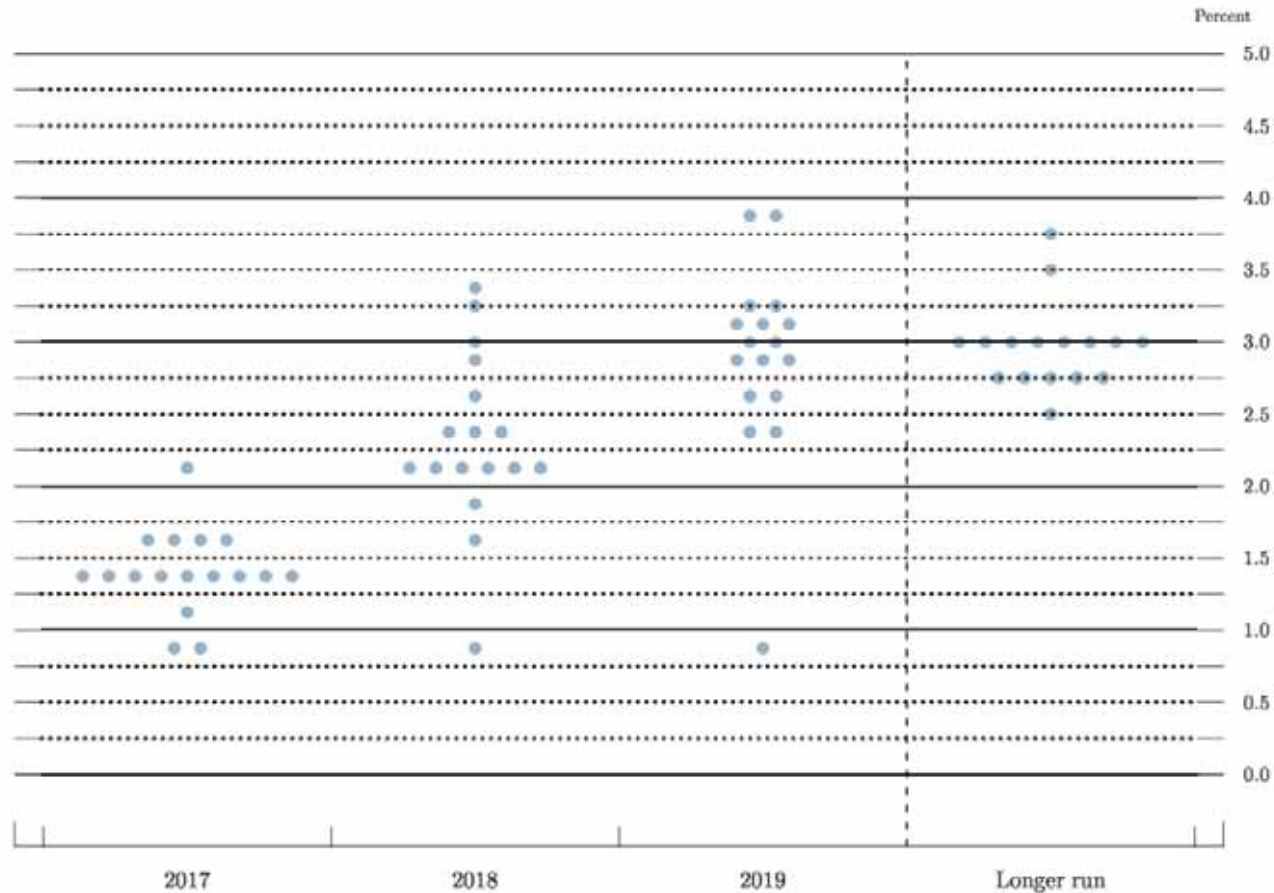
# These 6: Geldpolitik vor starker Änderung!

Notenbankbilanzen in Prozent des Volkseinkommens



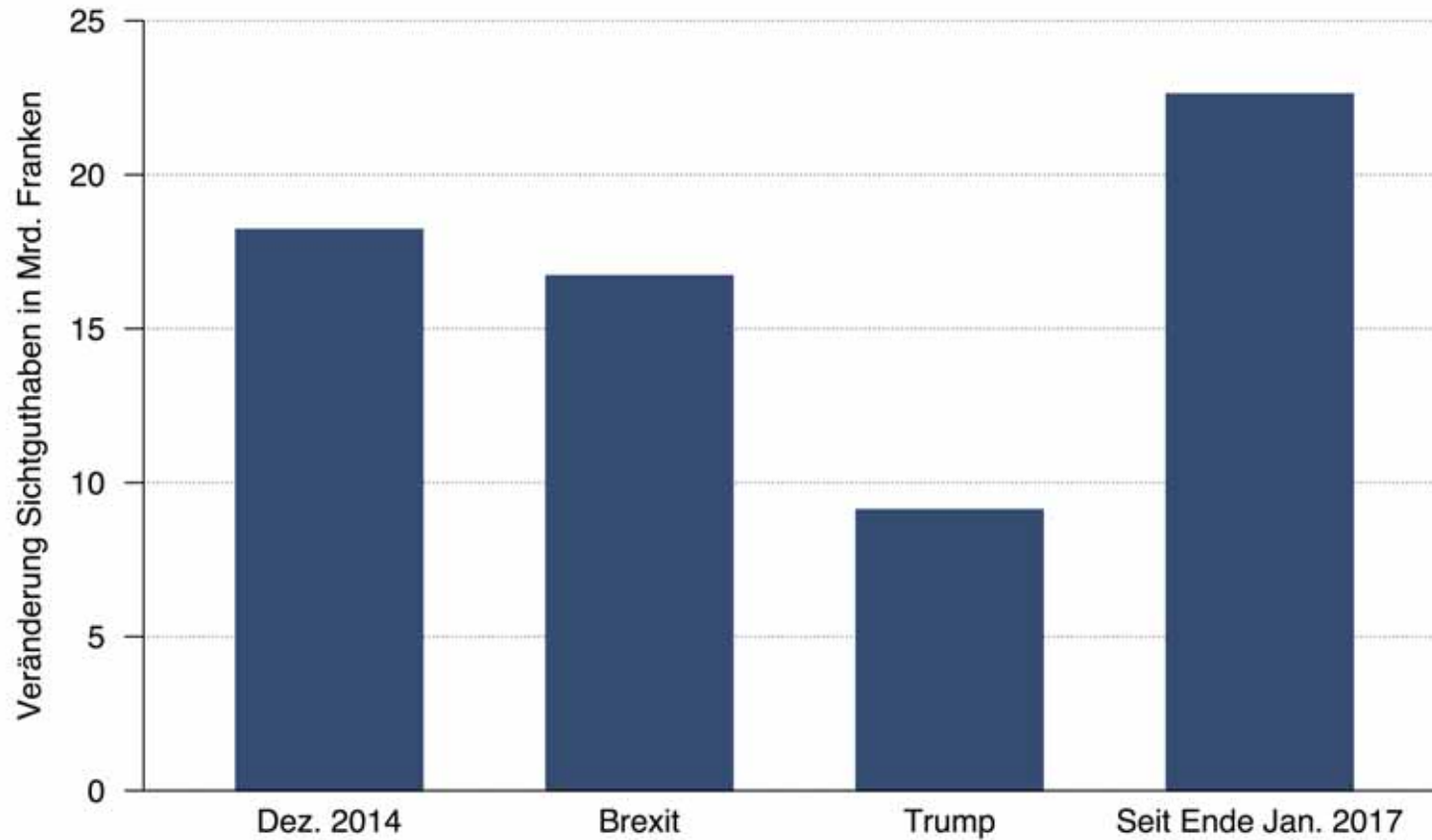
# These 6: Geldpolitik vor starker Änderung!

Gemäss Mitgliedern des Fed-Offenmarktausschusses erwartete Leitzinsentwicklung (Stand: März 2017)



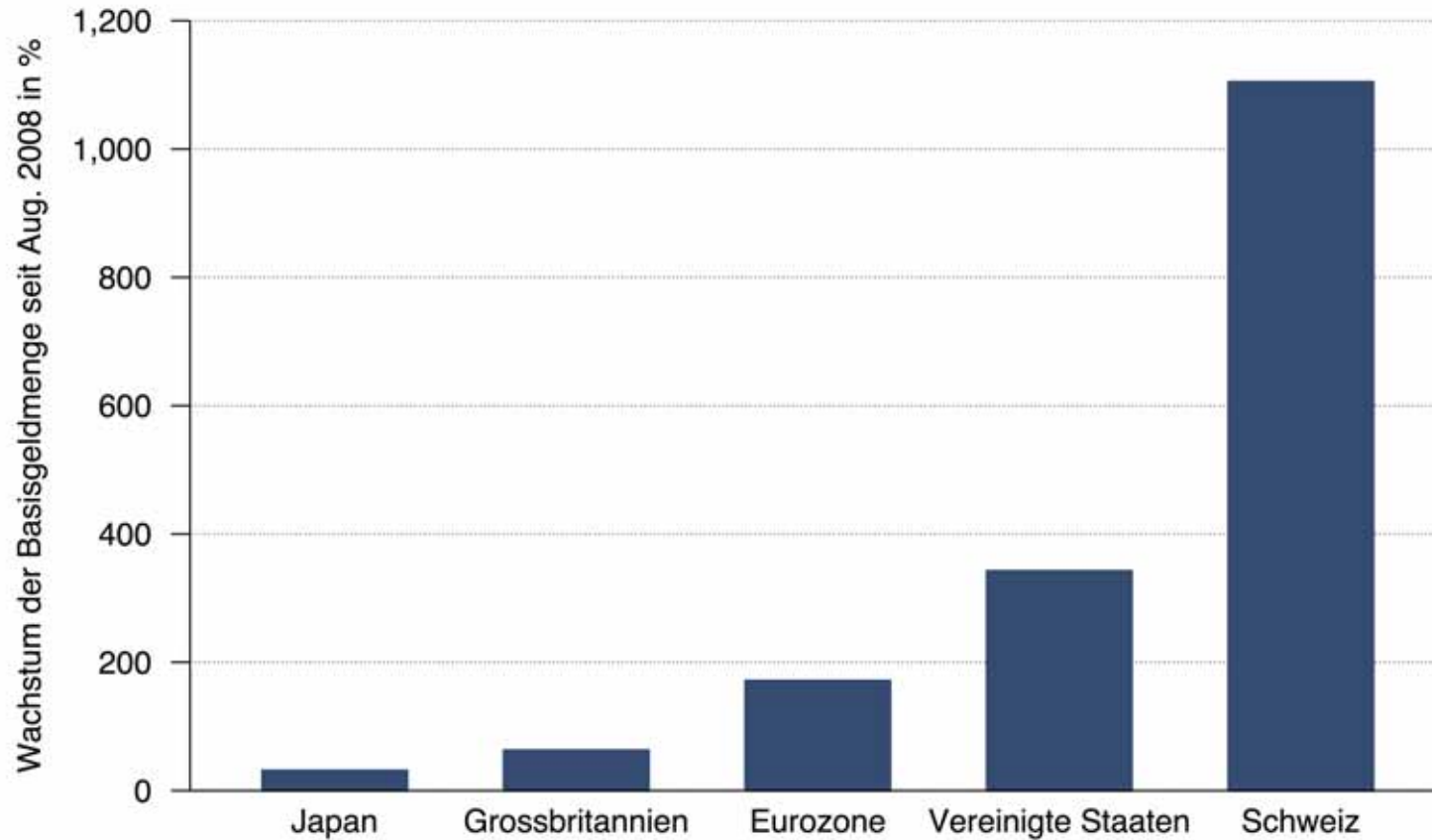
# These 6: Geldpolitik vor starker Änderung!

SNB Interventionen - Zunahme der Liquidität im Interbankenmarkt



# These 6: Geldpolitik vor starker Änderung!

Ausweitung der Basisgeldmengen seit der globalen Finanzkrise



# These 7: Ihr Umgang mit Ökonomie wird philosophischer!

---

Sokrates (470 – 399 v. Chr.)

«Ich scheine also um dieses Wenige doch weiser zu sein als er,  
dass ich, was ich nicht weiss, auch nicht glaube zu wissen.»

Platon, Apologie 21

Wellershoff & Partners Ltd.  
Zürichbergstrasse 38  
8044 Zürich  
T +41 44 256 80 40 // F +41 44 256 80 44  
[info@wellershoff.ch](mailto:info@wellershoff.ch) // [www.wellershoff.ch](http://www.wellershoff.ch)



# Rechtliche Hinweise

---

Diese Publikation wurde durch Wellershoff & Partners Ltd. zusammengestellt und veröffentlicht. Sie dient ausschliesslich zu Ihrer Information und stellt weder ein Angebot noch eine Aufforderung zur Offertenstellung zum Kauf oder Verkauf von Anlage- oder anderen spezifischen Produkten dar. Die hierin enthaltenen Analysen basieren auf zahlreichen Annahmen. Unterschiedliche Annahmen könnten zu materiell unterschiedlichen Ergebnissen führen. Einige Dienstleistungen und Produkte unterliegen gesetzlichen Beschränkungen und können deshalb nicht unbeschränkt weltweit angeboten und/oder von allen Investoren erworben werden. Alle in dieser Publikation enthaltenen Informationen und Meinungen stammen aus als zuverlässig und glaubwürdig eingestuften Quellen, trotzdem lehnen wir jede vertragliche oder stillschweigende Haftung für falsche oder unvollständige Informationen ab. Alle Informationen und Meinungen sind nur zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Publikation aktuell und können sich jederzeit ohne Vorankündigung ändern. Bei Illiquidität des Wertpapiermarkts kann es vorkommen, dass sich gewisse Anlageprodukte nicht sofort realisieren lassen. Aus diesem Grund ist es manchmal schwierig, den Wert Ihrer Anlage und die Risiken, denen Sie ausgesetzt sind, zu quantifizieren. Der Termin- und Optionenhandel ist mit Risiken behaftet. Die Wertentwicklung einer Anlage in der Vergangenheit stellt keine Gewähr für künftige Ergebnisse dar. Manche Anlagen können plötzlichen und erheblichen Wertverlusten unterworfen sein. Bei einer Liquidation Ihrer Anlagewerte kann es vorkommen, dass Sie weniger zurückerhalten als Sie investiert haben, oder dass man Sie zu einer Zusatzzahlung verpflichtet. Wechselkursschwankungen können sich negativ auf den Preis, Wert oder den Ertrag einer Anlage auswirken. Wir können nicht auf Ihre persönlichen Anlageziele, finanzielle Situation und Bedürfnisse im Rahmen dieser Publikation eingehen und empfehlen Ihnen deshalb, vor einer Investition in eines der in dieser Publikation erwähnten Produkte Ihren Finanz- und/oder Steuerberater bezüglich möglicher – einschliesslich steuertechnischer – Auswirkungen zu konsultieren. Dieses Dokument darf ohne vorherige Einwilligung von Wellershoff & Partners Ltd. weder reproduziert noch vervielfältigt werden. Wellershoff & Partners Ltd. untersagt ausdrücklich jegliche Verteilung und Weitergabe dieser Publikation an Dritte. Wellershoff & Partners Ltd. ist nicht haftbar für jegliche Ansprüche oder Klagen von Dritten, die aus dem Gebrauch oder der Verteilung dieser Publikation resultieren. Die Verteilung dieser Publikation darf nur im Rahmen der dafür geltenden Gesetzgebung stattfinden.



# «Die finanzpolitischen Herausforderungen der Schweiz»

**Petra Gössi**

*Nationalrätin Kanton Schwyz / Parteipräsidentin FDP.Die Liberalen*



# Die finanzpolitischen Herausforderungen der Schweiz

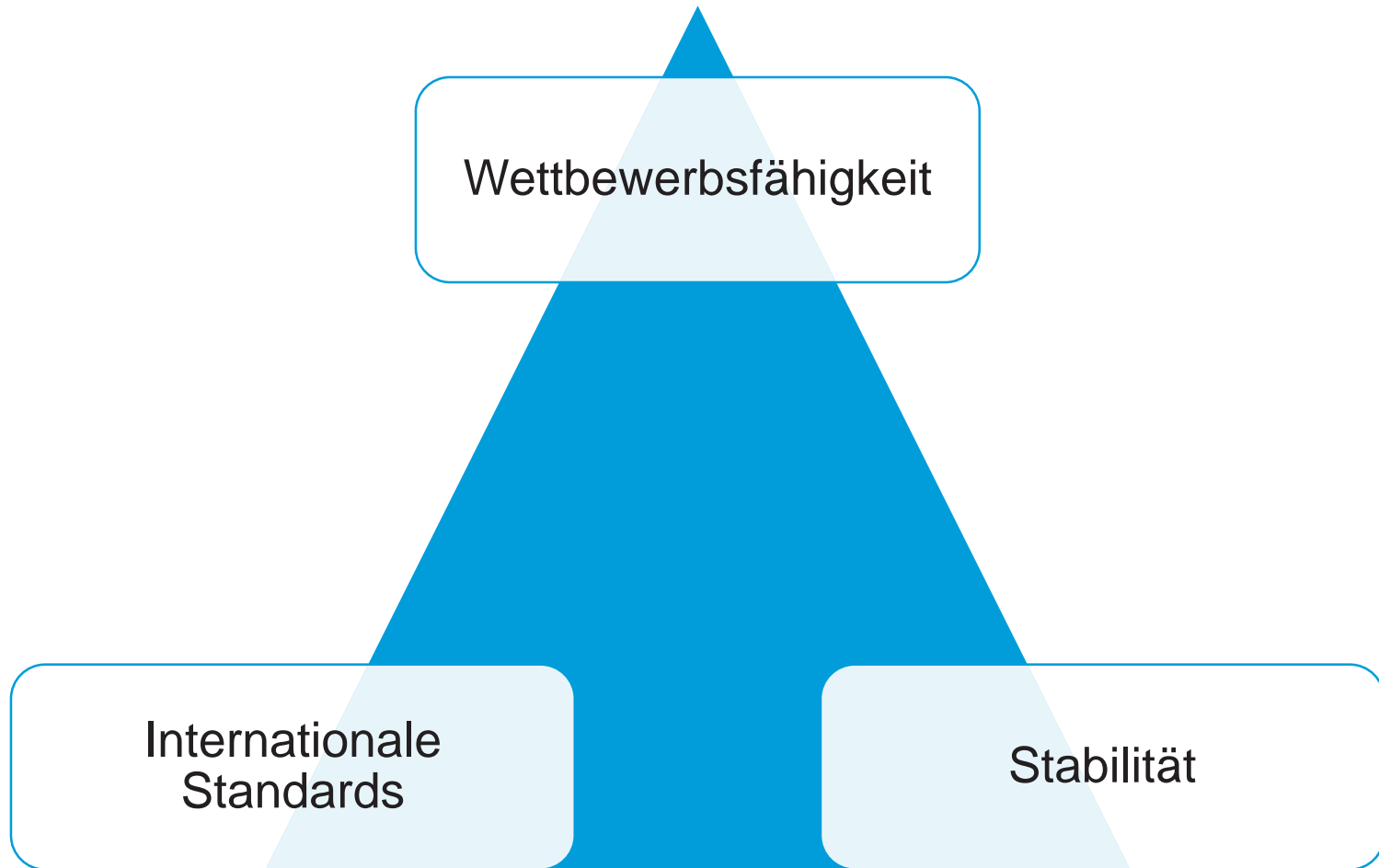
**Petra Gössi**

Nationalrätin Kanton Schwyz / Parteipräsidentin FDP.Die Liberalen

**FinQ-Event 21. März 2017 in Zürich**

# Finanzmarktpolitik

## Was macht das Parlament?



# USR III

## Neu: Steuervorlage 17

- › Die Schweiz braucht trotz Ablehnung der USR III eine rasche Reform
- › Der Bundesrat ist bereits am Aufgleisen der «Steuervorlage 17»
- › Erarbeitung mit den Kantonen, Gemeinden und der Wirtschaft notwendig

# FIDLEG / FINIG

## Um was geht es?

- › FIDLEG: Voraussetzungen für Finanzdienstleistungen sowie Finanzinstrumente
- › FINIG: Aufsicht über die Finanzdienstleister
- › Zielsetzung gemäss Bundesrat:
  - › Verbesserung des Kundenschutzes
  - › Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz sichern
  - › Gleich lange Spiesse für alle Finanzdienstleister

# FIDLEG / FINIG

## Was bisher geschah ...

- › Botschaft mit Verzicht auf verschiedene in der Vernehmlassung kritisierte Punkte:
  - › Kollektiver Rechtsschutz
  - › Erweiterte Sorgfaltspflichten
- › Ständerat «Rückweisung light»:
  - › Versicherer fallen weiterhin unter VAG, nicht FIDLEG
  - › Von der FINMA bewilligte und beaufsichtigte Aufsichtsorganisation(en) für uVV
  - › Keine Änderung in der Zivilprozessordnung im Rahmen von FIDLEG/FINIG
- › Nationalrat: WAK-N hat die Beratung aufgenommen

# Internationale Steuerpolitik

## Automatischer Informationsaustausch

- › Internationaler Mindeststandard muss umgesetzt werden, damit die Schweiz wettbewerbsfähig bleibt
- › Bedingungen der FDP für Lieferung der Daten im Rahmen AIA:
  - › Regularisierungsmöglichkeiten
  - › Datenschutz und Spezialitätsprinzip gewährleistet
  - › Gleich lange Spiesse
- › Grosse Vorbehalte bei neu vorgeschlagenen AIA-Partnerstaaten:  
Bspw. Mexiko, China



# Digitalisierung

## Stärken ausspielen

- › Herausforderung und Chance zugleich
- › Innovation zulassen: digitales Wissen aufbauen und halten
- › Optimale Rahmenbedingungen für innovative Firmen, Startups, neue digitale Angebote und Technologien

# Fintech

## Digitalisierung im Finanzmarkt

- › Mobile Zahlungssysteme, digitale Währungen, online Versicherungstätigkeit, Crowdfunding etc.
- › Innovative Finanzakteure im Bereich Fintech unterliegen heute oft derselben Regulierung wie Banken
- › Vernehmlassung des Bundesrates zu Erleichterungen im Bereich Fintech läuft

## *Danke für Ihr Interesse*

*Wir würden uns freuen, Sie bei unserer nächsten  
FinQ-Veranstaltung wieder begrüßen zu dürfen.*

Postfach 1618  
Am Schrägen Weg 14  
FL-9490 Vaduz

 +423 232 00 76

 +423 232 06 30

 [office@finq-online.org](mailto:office@finq-online.org)

 [www.finq-online.org](http://www.finq-online.org)